



## **Niederschrift**

64. Plenarsitzung des Gemeinderates  
14. Mai 2019, 13:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

## **Punkt 52 der Tagesordnung: Fachschulen kostenfrei machen**

**Antrag: SPD**

**Vorlage: 2019/0391**

### **Beschluss:**

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

### **Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 52 zur Behandlung auf.

**Stadträtin Uysal (SPD):** Für Schüler aller öffentlichen Schulen, mit Ausnahme der Fachschulen, besteht Schulgeld- und Lernmittelfreiheit. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland in dem Fach- und Meisterschüler noch Schulgeld bezahlen müssen. Die Fachschule hat die Aufgabe, Berufstätigen nach einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung und der Zeit einer Praxis eine höhere berufliche Qualifikation zu bieten, zum Beispiel für das mittlere Management oder die Selbstständigkeit. Es werden die in der Berufsausbildung und im Beruf erworbenen Qualifikationen vertieft und erweitert. Wenn Fachschulen schrumpfen, geht dies zulasten des Handwerks und der dualen Ausbildung. Der Verzicht auf die Erhebung von Schulgeldern an Fachschulen nützt den weiterbildungswilligen Schülerinnen und Schülern, er nützt aber insgesamt auch der Wirtschaft und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Genau diese Fakten und unsere Überzeugung, dass Bildung nichts kosten darf, aber auch die Gleichbehandlung der öffentlichen Schulen haben uns dazu bewegt, diesen Antrag zu stellen. Wir freuen uns, dass die Verwaltung prüfen wird, ob es möglich ist, auf die Schulgelder zu verzichten. Wir wissen aber auch, dass der dadurch entstehende Einnahmeausfall der kommunalen Schulträger nicht auf lange Sicht zulasten der Kommune gehen darf. Deshalb ist es wichtig, dass mehrere Kommunen sich für diese Thematik einsetzen, dass die Stadt Karlsruhe hier eine Vorreiterrolle übernehmen und im Städtetag das Thema aufgreifen wird, mit dem Ziel, eine landeseinheitliche Regelung zu schaffen. Das begrüßen wir natürlich sehr und freuen uns, dass die Stadtverwaltung sich dafür einsetzen wird. Wir sind auf die Ergebnisse gespannt und hoffen, dass

möglichst bald hier bei uns die Fachschüler kein Schulgeld mehr zahlen müssen, für ihre weitere Qualifikation.

**Stadtrat Krug (CDU):** Die CDU-Fraktion unterstützt voll umfänglich den SPD-Antrag und das vorgeschlagene Vorgehen der Verwaltung. Es ist eines unserer Megathemen hier in vielen Betrieben, nämlich der Fachkräftemangel. Was hilft gegen Fachkräftemangel? Ausbildung. Und da spielen die Fachschulen eine große Rolle und deswegen ist es ein vernünftiger Schritt und ein Beitrag in einem Mosaik voller Maßnahmen, die Fachschulen kostenfrei zu machen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Ich kann mich der Vorrednerin und dem Vorredner voll anschließen und kann jetzt auch mal etwas Persönliches sagen. Ich habe mich schon seit 1996 im Landtag dafür eingesetzt, dass hier eine Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung erfolgt, und dies würde konkret bedeuten, dass eben diejenigen, die über eine berufliche Bildung kommen, auch so gefördert werden, dass sie kein Schulgeld bezahlen müssen. Das ist unter keiner der bisherigen Regierungen gemacht worden, das muss man jetzt leider mal sagen. Insofern steht dies als Herausforderung immer noch an, und ich begrüße damit auch jede Initiative, um dieses Ziel zu erreichen. Ich bin sehr einverstanden und freue mich über die Beantwortung, dass einerseits die Stadt Karlsruhe es selbst prüft und andererseits sich mit mehreren Kommunen zusammenschließt und auch noch über den Städtetag geht, sodass wir irgendwann hier sagen können, wir haben wirklich die Gleichstellung der beruflichen und allgemeinen Bildung erreicht.

**Stadtrat Jooß (FDP):** Wir fühlen uns auch benachteiligt. Unsere Bäcker haben ihre Kurse für die Meisterprüfung und es kann nicht sein, das Studieren kostenlos ist und die Meisterprüfung muss bezahlt werden, sowohl der Kurs als auch die Räumlichkeiten, für die die Stadt Gebühren erhebt. Wir sind auch für diesen Antrag, wie vermutlich alle hier im Haus.

**Der Vorsitzende:** Wir würden Ihnen dann berichten, welche Initiativen etwas gebracht haben.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
11. Juni 2019